Ä1 Drahteseln Fläche und Futter geben!

Antragsteller*in: KV Havelland
Beschlussdatum: 15.03.2018

Redaktionelle Änderung

Die AG Radwege im KV Havelland schlägt vor, unseren eigenen Antrag, der sich auf die Erhaltung und den Neubau von Radwegen insbesondere für Schüler, Pendler und alle anderen Alltagsradler fokussiert und eine Verbesserung der Kombination von Fahrradwegen zur touristischen Nutzung und zur Alltagsnutzung fordert, in den Antrag der GJ zu integrieren.

Antrag des KV Havelland an Landesparteirat 2018

Lücken im Radwegenetz schneller schließen

Im Land Brandenburg wurden seit 1990 in einem hohen Maß Fahrradwege gebaut. Dies erfolgte überwiegend unter touristischen Gesichtspunkten. Insbesondere außerhalb von Ortschaften wurde dabei oft nicht an Kinder und Jugendliche oder Arbeitspendler gedacht, die mit dem Fahrrad zur Schule, zur Arbeit oder zum nächstliegenden Bahnhof fahren wollen. Es entstand ein Radwegenetz mit vielen Lücken für Alltagsradfahrer. Mitunter sind die Lücken nur 0,5 bis 2 Kilometer lang, oft aber auch 5 bis 10 Kilometer.

Seit den 90 er Jahren hat der Autoverkehr in Brandenburg stark zugenommen. Die Straßen werden mit bis zu 100 Kilometer pro Stunde befahren, ein erweitertes Tempolimit ist häufig nicht vorgesehen. Dadurch ist die Sicherheit für Radfahrer, insbesondere für Schulkinder, nicht mehr gewährleistet, folglich werden diese Strecken von Alltagsradfahrern gemieden. Sind keine Alternativen vorhanden, durch Kopfsteinpflaster nicht befahrbar oder mit erheblichen Umwegen verbunden, können Schulkinder nicht zur Schule, Pendler*innen nicht zum Bahnhof oder Arbeitnehmer*innen nicht mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren.

Hinzu kommt, dass viele der vor 20 Jahren gebauten Fahrradwege inzwischen in einem mangelhaften oder sogar sicherheitsgefährdenden Zustand sind.

Wir fordern daher, dass das Land Brandenburg im Dialog mit den Bürgerinitiativen und sachkundigen Vereinen wie dem ADFC konsequent in allen Landkreisen die Wege von Schüler*innen hinsichtlich ihrer Eignung für Fahrradnutzung untersucht und feststellt, welche Fahrradwege als Schulwege noch fehlen oder saniert werden müssen. Daraufhin sollte eine Priorisierung erfolgen und ein Zeitplan für die zügige Realisierung dieser Vorhaben aufgestellt werden.

Da viele Radwege an Kreisstraßen entlang geführt werden, muss diese Aufstellung in enger Abstimmung mit den Kreisen und Kommunen erfolgen. Neu gebaute Radwege dürfen nicht abrupt an einer Kreisgrenze enden, weil vom Nachbarkreis erst mit Zeitverzögerung weitergebaut werden soll. Gleiches ist an Übergängen zwischen Radwegen außerorts zu innerorts zu beobachten. Da unterschiedliche Bauträger am Werk sind, fehlen häufig Übergänge oder sind unzweckmäßig gestaltet. Diese unkoordinierte Praxis auf Kosten des nichtmotorisierten Verkehrs muss ein Ende haben.

Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass Radfahren im Alltag sowohl aus umweltpolitischen als auch aus gesundheitspolitischen Gründen attraktiver gestaltet werden muss. Daher müssen bei Bau und Erhaltung der Radwege insbesondere der Aspekt der Alltagstauglichkeit verstärkt werden und die geplanten Haushaltsmittel voll und ganz ausgeschöpft und wenn nötig weiter erhöht werden.

Wenn wir es erreichen, dass Schüler*innen sicher mit dem Rad zur Schule fahren können und für Pendler*innen Radfahren attraktiver wird, ist das neben einem gesundheitsfördernden Aspekt auch ein guter Beitrag zum Klimaschutz. In anderen Bundesländern, aber auch in Nachbarstaaten wie

Niederlande und Dänemark sind fahrradfreundliche Verkehrskonzepte umgesetzt, die für eine Mehrheit der Bevölkerung in so hohem Maß attraktiv sind, dass fahrradfahrende Schüler*innen und Pendler*innen nicht die Ausnahme, sondern die Regel sind. Das müssen wir in Brandenburg auch schaffen und dafür setzen wir uns mit ganzer Kraft ein.

Begründung

Der Antrag der GJ ist sehr viel breiter angelegt als der des KV Havellandes. Jedoch wird durch den Änderung ein stärkerer Fokus auf die Verbesserung des Radwegenetzes gerichtet. Insbesondere das Thema Alltagstauglichkeit des Radwegenetzes und Lückenschlüsse, die für touristische Nutzung nicht favorisiert wurden, aber für radelnde Schüler eminent wichtig sind, werden in dem Antrag behandelt. Die Radwege AG hat den Antrag ohne Kenntnis des Antrages der GJ vorbereitet und ist der Meinung, dass noch nicht alle Aspekte in dem Antrag der GJ vorkommen.

Ä1 Kohlefahrplan für den Bundeskongress

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu A7

Von Zeile 1 bis 5:
~~Der Landesvorstand wird beauftragt, den folgenden Antrag unter dem neuen Namen "Klimaziel 2020 und 1,5 Grad Ziel einhalten, Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2025" zu überarbeiten, weiterzuentwickeln und auf dem Bundeskongress einzubringen:~~

~~http://www.gj-bb.de/wp-content/uploads/2018/03/Kohleausstieg-1.pdf~~

Der Kampf der GRÜNEN JUGEND Brandenburg gegen die Kohle kennt keine Landesgrenzen. So treten wir nicht nur in Brandenburg, sondern auch in Deutschland, Europa und der ganzen Welt für einen schnellstmöglichen Braunkohleausstieg, gegen die Klimakrise und für Perpektiven für (ehemalige) Kohleregionen ein.
Daher wird der Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Brandenburg beauftragt, mit einer für Mitglieder und Symphatsisant*innen offenen Arbeitsgruppe einen Antrag für einen diesjährigen Bundeskongress auf Basis von unserer Beschlusslage und neuen wissenschaftlichen Erkentnissen, sowie politischen Entwicklungen, zu verfassen.

Der Antrag soll mindestens folgende Eck- und Themenschwerpunkte enthalten:

- Das Erreichen der Klimaziele 2020
- Das Einhalten des 1,5 Grad Ziels
- Der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2025
- Der dringende Reformbedarf beim Bundesbergrecht
- Die Weitergestaltung des Strukturwandels in (ehemaligen) Kohleregionen

Begründung

Meiner Ansicht nach ist es sinvoller, wenn wir Anträge aufgrund unserer Beschlusslage verfassen. Leider ist auch in dieser natürlich noch nicht alles enthalten. Damit das nachgeholt wird und es ein möglichst bunter Schreibprozess mit vielen verschieden Köpfen wird, halte ich die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, in der Mitglieder und Symphatisant*innen gleichberechtigt nach Lust und Laune mitgestalten können für sinnvoller, als eine reine Delegation an den Landesvorstand. Dass dieser eine koordinierende und strukturelle Rolle einnehmen sollte, ist aber natürlich klar. Die Eckpunkte sind eine Liste, die noch keinen Anspruch auf Vollsändigkeit hat. Sie enthält die in der vorgeschlagenen Überschrift der Ursprungsvariante genannten Punkte und wird gleichzeitig um das drängende Problem des Bergrechts und des Strukturwandels erweitert. Mit der Bergrechtnovellierung könnten neue Braunkohletagebaue verhindert werden. Gleichzeitig sehen wir in Brandenburg aber auch, dass der längst begonnene Strukturwandel in der Lausitz dringend mit sinnvollem Plan und Konzept unterstützt werden muss. In anderen (ehemaligen) Kohleregionen sieht es ähnlich aus. Das sollten gerade wir nicht unter den Tisch fallen lassen, sondern ernst nehmen und beim Kohleausstieg immer mitdenken!

Ä1 Tagesordnung

Antragsteller*in: Ricarda Budke

Änderungsantrag zu T1

In Zeile 23:
9:30 TOP 10 ~~Referent*in n.n.~~Workshop von Anja Hänel, Geschäftsführerin des VCD Brandenburg zu "Gender und Mobilität

10:30 TOP 11 Grußwort Jonas Graeber (Bundesvorstand)

Begründung

Nach Absagen endlich eine Referentin gefunden

Jonas bat sich relativ spontan noch für ein Grußwort an